

Wirklich durchsetzen wollen, sollte man es schon!

Die deutschen Gewerkschaften reihen sich ein, in die Europäische Front des Widerstandes gegen den Sozialabbau. Das ist gut! Mehr noch: Wir wollen nicht nur asoziale Angriffe abwehren, wir gehen in die Offensive. Wir verlangen einen Kurswechsel für ein gutes Leben. Wir schicken das schwarz-gelbe Sparpaket zurück an die Absender - Annahme verweigert! Das ist sehr gut!

Es ist gut, dass auch zu betrieblichen Aktionen aufgerufen ist, beispielsweise zum Verlängern von Betriebsversammlungen durch entsprechende Diskussionsbeiträge.

Es ist gut, dass für den 13. November und anderen Terminen zu Großdemonstrationen aufgerufen wird, zu denen Zehntausende erwartet werden. Es wäre gut, wenn die reale Beteiligung die kühnsten Träume der Organisatoren weit in den Schatten stellen würden. Dafür gilt es, mit allem Einsatz zu mobilisieren.

Aber es ist auch nötig, über das „Wie weiter“ nach dem 13. November zu sprechen, über das „Wie weiter“ in anderen Größenordnungen und anderer Qualität!

Was passiert, wenn Merkel, Westerwelle & Co und die hinter ihnen stehenden Unternehmerverbände und Großbanken ihrerseits die Rücknahme des Sparpakets verweigert haben? Es ist doch erkennbar: Die Entwicklung läuft schlicht auf die Frage hinaus: wer ist stärker?

Bei uns finden derzeit bescheidene Arbeitsniederlegungen (wie oben beschrieben), nicht selten zwischen Überstunden und Sonderschichten, statt. Also in einer Zeit, wo Kapital und Kabinett durchaus druckempfindlich sind. Was wäre, wenn Kampfmaßnahmen wie in anderen europäischen Ländern erfolgen würden? Wären hierzulande Erfolge eher zu erzielen, als in Nachbarländern?

Bekämpfung des Sparpakets ernst nehmen

Das wirft aber die Frage auf, ob wirklich alle maßgeblichen Akteure in Führungen von Gewerkschaften das wirklich wollen, oder ob sie sich nicht selbst teilweise (in einem Zielkonflikt) im Wege stehen. Der Sozialabbau steht nun mal in logischem Zusammenhang mit den vom IG Metall-Vorstand befürworteten Banken-Stützungsaktionen.

Wer **a** sagt, wie **Abwälzung der Krise** auf andere Länder, durch wettbewerbsfördernden „Burgfrieden“ mit dem „eigenen“ Kapital, wird sich schwer tun, **b** zu sagen, wie **Bekämpfung des asozialen Raubzugs** mit allen Mitteln.

Das von Merkel verkündete „Ende der Krise in Deutschland“ füllt die Kassen der Banken und Konzerne. Es wird bezahlt durch massenhaften Abbau regulärer, durch Zunahme ungesicherter Arbeitsverhältnisse und durch Senkung der Durchschnittslöhne. Es wird bezahlt durch schamlose Ausplünderung der Ärmsten der Armen. Durch Zerstörung der Zukunftschancen der Jugend usw.

Auch nach den Herbstaktionen müssen die Gewerkschaften aktiv bleiben - bis entweder das Sparprogramm, die Rente mit 67, die Gesundheitsreform - oder gleich alles - vom Tisch ist! Der **nächste Schritt** muss sein: betriebliche Aktionen aller Gewerkschaften, an einem Tag, zur gleichen Zeit, für ein Ziel!

Europäischer Widerstand

In **Frankreich** hält der Widerstand auch nach dem Regierungsbeschluss zur Heraufsetzung des Rentenalters an. Allein am 12. Oktober demonstrierten 3 ½ Millionen

Menschen. Die Zustimmung der Bevölkerung für den Generalstreik ist auf 79 % angewachsen.

In **Spanien** streikten am 29. September 10 Millionen. Die Metall- und Autoindustrie stand komplett still.

In **Griechenland** legte am 7. Oktober ein erneuter Generalstreik das Land lahm.

In **Italien** demonstrierten am 16. Oktober 300 000 Metaller/innen, unterstützt von Schülern und Studenten und kündigten einen Generalstreik an.

In **Belgien** blieben die Eisenbahnen in ihren Depots.

In vielen Städten **Englands** gab es erste Demonstrationen.

In **Wien** schreiben die Zeitungen von einer Studentenrevolte.

Bündnispolitik und internationales Zusammenwirken

In **Deutschland** gibt es neben den Gewerkschaften bedeutende Massenbewegungen wie z.B. der Schüler- und Studentenbewegung gegen die ständigen Verschlechterungen des Bildungssystems oder die Bewegung gegen Stuttgart 21, die sich gegen die „Selbstbediener-Politik“ von Konzernen, Banken und Politikern zu Lasten der Rest-Bevölkerung wehren.

Die Chancen, die Koalition von Kapital und Kabinett auszu-bremsen, wären enorm, würden wie in Nachbarländern wirklich alle Register gezogen.

Sie würden noch wachsen, bei einer solidarischen Zusammenarbeit mit anderen Bewegungen im Land und mit mehr internationalem Zusammenwirken.

Nur: **Wirklich durchsetzen wollen, sollte man es schon!**



Gute Beispiele

Gutes Beispiel für solidarische Zusammenarbeit war der gemeinsame Aktionstag von Gewerkschaftern und Umweltschützern am 29. September in Salzgitter, an dem 6500 Menschen gegen das Sparpaket und die Atompolitik der Bundesregierung gemeinsam während der Arbeitszeit demonstrierten. Ein positives Beispiel für internationales Zusammenwirken war der europäische Aktionstag in Brüssel am 29. September, bei dem 100.000 GewerkschafterInnen aus ganz Europa an einem bunten, lauten Demonstrationzug teilnahmen.

Solche Beispiele müssen Schule machen - in anderer Größenordnung und mit höherer Qualität!

Sekretariat der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinker



Achtung:
HERBSTAKTIONEN
24.10. - 13.11.

Bundestagsblockade

Aufruf der Krisenprotestbewegung:

am 26. November - Sparpaket stoppen! Bundestag belagern!

Am 26. November 2010 will die Bundesregierung ihr „Sparpaket“ im Bundestag zur Abstimmung stellen. Ein Drittel der Sparmaßnahmen liegt im Sozialbereich. Es werden also insbesondere diejenigen belastet, die ohnehin schon wenig haben. Schon seit Jahren wird durch den Abbau des Sozialstaates die Schere zwischen arm und reich immer größer...

Sag JA zum NEIN! Am Tag X selbst abstimmen!

Als ein breites Bündnis gesellschaftlicher Gruppen rufen wir am Tag X zum Widerstand gegen das Sparpaket auf. So drastisch die Auswirkungen der Regierungspläne im Alltag der Mehrheit der Bevölkerung sein werden, so drastisch muss auch unsere Gegenwehr ausfallen. Wir werden es uns deshalb nicht nehmen lassen, unmittelbar am Ort der Entscheidung unser klares „Nein“ zum Ausdruck zu bringen...

Wer kürzt, wird belagert! Rote Karte für das Sparpaket!

Wir werden als Akt des zivilen Ungehorsams mit möglichst vielen Menschen am Tag der Entscheidung über das „Sparpaket“ den Bundestag belagern. Zusammen drücken wir mit unserer Belagerung ein unmissverständliches „Nein“ gegenüber diesem Angriff auf unsere Interessen aus. Wir lassen uns von keinem Bannmeilengesetz davon abhalten, unseren Protest direkt vor Ort zu verdeutlichen. Wer es auf unsere Lebensgrundlage abgesehen hat, muss mit Störungen rechnen.

Freitag, 26.11., 10 Uhr: Sparpaket stoppen! Bundestag belagern!

Der vollständige Aufruf, weitere Infos sowie Terminübersicht der Krisenproteste und der gewerkschaftlichen Kampagnen unter:

www.kapitalismuskrise.org

Krach schlagen statt Kohldampf schieben Mindestens 80 Euro sofort für Ernährung

Unter dem Motto „Krach schlagen statt Kohldampf schieben. Mindestens 80 Euro sofort für Ernährung“ haben am 10. Oktober 3000 Menschen im niedersächsischen Oldenburg für die Erhöhung der Hartz IV-Eckregelsätze protestiert. In der Abschlussrede, die von den Erwerbslosennetzwerken zusammen ausgearbeitet wurde, hieß es u.a.:

„Diese Regierung behandelt mehr als fünf Millionen Menschen dieser Gesellschaft wie den letzten Dreck! Sie wirft ihnen fünf Euro hin wie den Tieren das Futter: Friß oder stirb! Sie hat keine öffentliche Diskussion darüber geführt, was ein Mensch in dieser Gesellschaft braucht für ein menschenwürdiges Leben. Sie hat nicht mit denjenigen gesprochen, die von Hartz IV leben müssen. Sie hat das soziokulturelle Existenzminimum wieder im Hinterzimmer berechnen lassen... Die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, dass die Hartz-IV-Sätze gegen die Menschenwürde verstoßen und deshalb neu bestimmt werden müssen, hätte die Chance beinhaltet, eine breite gesellschaftliche Debatte darüber zu führen, was ein Mensch braucht für ein menschenwürdiges Leben in der Bundesrepublik Deutschland. Es hätte die Chance beinhaltet, die Abspaltung und Ausgrenzung einer wachsenden Armutsbevölkerung überhaupt einmal zu thematisieren und gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen...“

Die Regierung hat die Statistik zur Berechnung des Regelsatzes solange manipuliert, bis ihr das Ergebnis gepasst hat. Bisher waren die untersten 20 Prozent aller Einkommensbezieher die Berechnungsgrundlage, ohne die Hartz-IV- und Grundsicherungsbezieher selber. Sie hat entschieden, in dieser Vergleichsgruppe nicht nur all diejenigen zu belassen, die ergänzend Hartz IV oder Grundsicherung erhalten, weil ihr Lohn oder ihre Rente nicht reichen, sondern auch noch all die Haushalte, deren Einkommen sogar noch unter den Hartz-IV-Sätzen liegen. Im Klartext heißt das: Die Höhe des Regelsatzes soll sich auch nach den Ausgaben von Menschen bemessen, die

noch nicht einmal den Regelsatz zur Verfügung haben. Als ihr nach diesem Trick die Ergebnisse immer noch zu hoch erscheinen, berücksichtigt sie statt der untersten 20 nur noch die untersten 15%. Originalton aus dem Bundesarbeitsministerium: „Mit einer Referenzgruppe von ungeachtet weiter 20% käme man bei der Bemessung des Existenzminimums in Einkommensklassen, die in die untere Mittelschicht reichen (bis 1200 €).“ Bemerkenswert ist: die Regierung erklärt ein Niedriglohneinkommen von 1200 € im Monat zur unteren Mittelschicht!!!!

Folge dieser neuen Berechnungsgrundlage wird sein: Wenn die untersten Schichten der Gesellschaft so verarmt sind, dass sie sich kein Obst und keine Bücher mehr leisten können, dann folgt nach diesem Modell daraus, dass Obst und Bücher nicht zum Existenzminimum gehören.

Die Bemessung des gesellschaftlichen Existenzminimums am Konsumverhalten dieser Armutsbevölkerung kann zu nichts anderem führen als zu weiterer Verarmung, Mangelernährung und Ausgrenzung.

Diese Regierung betreibt eine gesellschaftliche Auslese, die man nur noch als sozialrassistisch bezeichnen kann – wie sonst ist das krampfhaftes Festhalten an unserem aussortierendem Schulsystem zu erklären oder die kaltschnäuzige Streichung des Elterngelds nur für Hartz-IV-Kinder oder die grobe Missachtung grundlegender Bedürfnisse von mehr als zwei Millionen Kindern.

Christa Hourani, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Weitere Infos unter:

www.krach-statt-kohldampf.de

www.rmb-ffm.de

www.tacheles-sozialhilfe.de



No Future? Für wen?

Eine neue Jugendstudie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung zeichnet ein erschreckendes Bild - nicht nur für die Jugend. Auch für die Entwicklung der Arbeitswelt insgesamt und damit für die Zukunft der ganzen Gesellschaft. Zuerst die Tatsachen:

- Die Arbeitslosigkeit der 15 bis 25-jährigen ist seit Beginn der Finanzkrise dreimal so stark gestiegen wie in den anderen Altersgruppen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt deutlich über der Arbeitslosenquote insgesamt. Dabei erfasst die Statistik nicht einmal alle Jungen ohne Job. Wer einen Ausbildungsplatz sucht oder eine berufsfördernde Maßnahme durchläuft, gilt nicht als arbeitslos.
- Das Risiko von Beschäftigten unter 35 Jahren, die einen Arbeitsplatz haben, diesen zu verlieren, ist sechsmal größer, als das älterer Kollegen.
- Dem Gejammer der Verantwortlichen über Fachkräftemangel, steht die Tatsache entgegen, dass 2008 noch nicht einmal jeder vierte Betrieb ausgebildet hat. Und - je größer der Betrieb - desto geringer die Quote an Auszubildenden.
- Immer mehr Jugendliche hängen sich von „Praktikum“ zu „Praktikum“. Das sind unbezahlte oder sehr gering bezahlte Jobs, meist ohne Qualifizierung.
- Von denen, die ausgebildet wurden, bekommen 77%, wenn überhaupt, nur eine befristete Stelle.
- 2007 wurden 75% der Azubis nach der Lehre nicht übernommen. Seitdem ist diese Zahl gestiegen.
- Von den unter 25-jährigen, die eine Arbeit haben, sind 54% prekär beschäftigt. Meist unterbezahlt, nur befristet, oder (meist unfreiwillig) auf Teilzeitjobs. 90% der Teilzeitbeschäftigten würden lieber in Vollzeit arbeiten.
- Fast 40 % der unter 30-jährigen sind Leiharbeiter.
- Mehr als die Hälfte der Leiharbeiter sind jünger als 36 Jahre.

Wer keine sichere Perspektive hat, kann nicht die Zukunft planen. Kinder, Familie, Grundwerte werden zu Luxus.

Dies sind nicht „nur“ Jugendprobleme!

Der explosionsartig anwachsende Anteil ungesicherter Arbeitsverhältnisse unterminiert die ganze Gesellschaft, Lebensweise, Kultur usw.

- Auch in den tarifgebundenen Betrieben wird eine zweite Lohnlinie, eine Billiglöhnlücke installiert. Die Durchschnittslöhne sinken und mit ihnen gekoppelt sogar die Renten. Die Massenkaufkraft sinkt, die Arbeitslosigkeit steigt, der Druck auf alle Beschäftigten wächst.
- Prekär Beschäftigte sind leichter einzuschüchtern, entwickeln weniger Selbstbewusstsein. Damit sinkt nicht nur die individuelle, sondern auch die kollektive Kampfkraft.
- Eine Gesellschaft, mit sinkendem Selbstbewusstsein der Arbeiterbewegung ist auch zwangsläufig schwindender Demokratie ausgesetzt.
- Die Ausdehnung der Lebensarbeitszeit bis zum 67. Geburtstag kann nicht demographisch begründet werden, so lange die Jungen keine Jobs kriegen und die Alten, die tatsächlich länger bleiben, die Jungen verdrängen. Das eine führt zum Anderen.

Abschließend: Ein System, das der Jugend Perspektivlosigkeit verordnet, um die ganze Bevölkerung zu schröpfen, hat selber keine Perspektive - darf keine haben.

No Future, das wird immer mehr die Frage: Für wen?

Manfred Jansen, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Protestbewegungen gegen Stuttgart 21 und Kürzungspaket verbinden

Mit vier TeilnehmerInnen starteten die Montagsdemos gegen Stuttgart 21 im Herbst 2009. Bei der 50. Montagsdemo am 25.10.2010 waren es 50.000. Noch größer sind die seit Beginn des Abrisses des Nordflügels an den Wochenenden stattfindenden Demos. Über 31.000 Menschen haben sich inzwischen als Parkschützer registriert (www.parkschuetzer.de). Hunderte nehmen jede Woche an Veranstaltungen und Aktivitäten teil. Aktionen des Zivilen Ungehorsams, wie Blockaden von Kreuzungen, Zügen, Baustellenzufahrten oder Besetzungsaktionen sind seit Beginn der Bewegung Teil des Widerstands. Stuttgart gilt zurecht als „Hauptstadt des Widerstands“.

Man stelle sich vor, die Gewerkschaften hätten in der Vergangenheit mit einer ähnlichen Entschlossenheit und einer ähnlichen Kampagne gegen die Rente 67, Hartz IV und die Agenda 2010 gekämpft. Das politische Klima und das Kräfteverhältnis wären in ganz Deutschland völlig verändert. Die Merkel-Regierung könnte sich nicht die Frechheit erlauben, ein weiteres Kürzungspaket gegen die Ärmsten und Normalverdiener durchzuziehen, ohne mit Massendemonstrationen und politischen Streiks konfrontiert zu sein.

Zu den AktivistInnen der Bewegung gegen Stuttgart 21 gehören auch viele Gewerkschaftsmitglieder. Der DGB und die IGM der Region nehmen aber bei der Auseinandersetzung weiter eine Beobachterrolle ein. Selbst nach dem sogenannten „schwarzen Donnerstag“ am 30. September, als die Polizei mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und Tränengas auf friedliche Demonstranten und SchülerInnen losging und 400 Menschen verletzte, sahen die Gewerkschaftsfunktionäre keine Notwendigkeit, gegen die Staatsgewalt zu protestieren und sich mit der Bewegung zu solidarisieren. Beschlüsse gegen Stuttgart 21 und für die Beteiligung der Gewerkschaften am Protest gibt es seit Anfang dieses Jahres (siehe www.gewerkschaftergegens21.de). Ein gemeinsamer Kampf der Gewerkschaften mit der Bewegung gegen S 21 wird von Gewerkschaftsfunktionären und manchen

Betriebsratsfürsten regelrecht sabotiert. So hat die DGB- und IGM-Spitze in Stuttgart eine gemeinsame Demonstration am 13.11. abgelehnt. Wenn es gelingen würde, beide Protestbewegungen, gegen S 21 und gegen Merkels-Kürzungspaket, zusammenzuführen, wären beide Bewegungen noch stärker, durchsetzungsfähiger und erfolgreicher.

Die derzeit stattfindenden **Schlichtungsgespräche** sind ein zweischneidiges Schwert. Aus Sicht der S-21-Mafia dienen sie dazu, die Polizeigewalt vom 30.9. in den Hintergrund zu drängen und das ramponierte Image von Mappus, Rech und Grube aufzupolieren. Auf der anderen Seite wurden viele Lügen der Bahn und der Landesregierung durch die Gespräche entlarvt. Die Pro-Stuttgart-21-Medien verschweigen das allerdings bei ihrer Berichterstattung.

Mit Demos allein kann Stuttgart 21 nicht gestoppt werden. Diese Erkenntnis greift immer mehr um sich. So ist es nicht verwunderlich, dass bei einer Umfrage 90% der Demoteilnehmer angaben, dass sie bereit sind, bei Blockaden und Besetzungen teilzunehmen, um S 21 zu verhindern. Noch besser wäre es, Blockaden und Besetzungen mit politischen Streiks zu verbinden. Die „Jugendoffensive gegen S 21“ hat mit dem Schülerstreik am 30.9. und ihrer friedlichen Blockade im Schlosspark den Gewerkschaften vorgemacht, was möglich ist.

Ursel Beck, Stuttgarter Zukunftsforum

Von Herbert Wulff, Stuttgart

Unter welchen Bedingungen können betriebliche Kämpfe in Krisenzeiten erfolgreich sein? Dies war eine der zentralen Diskussionen beim Jahreskongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken am Freitag und Samstag in Stuttgart. Klar wurde, daß erfolgreicher Widerstand gegen Entlassungen und Verlagerungen möglich ist. Das Verhalten von Gewerkschaften und Betriebsräten spielt dabei jedoch eine entscheidende Rolle.

Von einem Erfolg konnte Manfred Jansen von KBA Metalprint aus Stuttgart-Zuffenhausen berichten. Zwei Jahre hatte die seinerzeit 350köpfige Belegschaft gegen Massenentlassungen und Kürzungen der Tarifeinkommen protestiert – mit zum Teil spektakulären Aktionen. Nachdem das Management im Oktober 2008 Entlassungen und die Forderung nach einem Gehaltsverzicht von insgesamt zwei Millionen € im Jahr – das entspricht fast 6000 € für jeden Beschäftigten – verkündete, gingen die Arbeiter auf die Barrikaden. Das Mittel der Wahl waren Betriebsversammlungen, die mehrfach lange ausgedehnt wurden. In den zwei Jahren der Auseinandersetzung fanden an mehr als 50 Tagen Betriebsversammlungen statt – normalerweise wären es acht gewesen. „Auch sonst ist sehr viel diskutiert und sehr wenig gearbeitet worden“, erinnerte sich Jansen. Die Geschäftsleitung zeterte über den „Bummelstreik“. Verhindern konnte sie ihn nicht.

In unmittelbarer Nähe des Zuffenhausener KBA-Werks liegt die Fabrik des Autozulieferers Behr. Deren Betriebsrat Mehmet Sahin hatte das Gegenteil einer Erfolgsgeschichte zu erzählen. „Wie die anderen Kollegen habe ich meine Kündigung schon in der Tasche“, berichtete er. Die Aufgabe des Produktionswerks mit seinen 220 Arbeitsplätzen ist beschlossene Sache. Dabei hatte es auch in der kampferprobten Behr-Belegschaft nicht an Bereitschaft zum Protest gefehlt. Mehrmals blockierte sie die Bundesstraße 10, nachdem das Management seine Schließungsabsichten verkündet hatte. „Das war, bevor es hier wegen ›Stuttgart 21‹ normal wurde, Straßenkreuzungen zu besetzen“, fügte Sahin hinzu. Statt die Kampfbereitschaft zu nutzen, habe die Mehrheit des Betriebsrats und der IG Metall – die zu Beginn noch vom „Kampf um jeden Arbeitsplatz“ redete – jedoch frühzeitig auf die Einrichtung einer „Transfergesellschaft“ und Abfindungszahlungen orientiert.

„Die Abfindung ist schnell weg, und den vielen An- und Ungelernten, die bei Behr in der Produktion gearbeitet haben, hilft eine Transfergesellschaft auf Dauer nicht weiter“, sagte Sahin, der einer Oppositionsgruppe im Betriebsrat angehört. Gegen den Willen der Belegschaft hätten die Gewerkschafts- und Betriebsratsvertreter schließlich der Einigung zugestimmt, mit der die Arbeiter vor die Wahl gestellt werden, entweder Auflösungsverträge zu unterschreiben und in die für drei Jahre existierende Transfergesellschaft zu wechseln oder betriebsbedingt entlassen zu werden. „Das ist für uns eine bittere Niederlage“, betonte Sahin. „Aber es ist keine Schande, den Kampf zu verlieren. Eine Schande wäre es, wenn wir ihn erst gar nicht aufgenommen hätten“.

Während fehlende Unterstützung durch die Gewerkschaft für den Mißerfolg bei Behr verantwortlich war, ist beim Kraftwerksbauer Alstom in Mannheim das Gegenteil der Fall. „Wir haben hier seit 1988 ein Solidaritätskomitee, in dem die Betriebsratsvorsitzenden und Vertrauenskörperleiter aller wichtigen Mannheimer Betriebe vertreten sind, und das Belegschaften unterstützt, die selbst bereit sind, zu kämpfen“, erläuterte Joachim Schubert. Die Alstom-Beschäftigten hätten sich schon im Aufschwung organisiert und vorbereitet, so daß sie drohende Entlassungen in der Krise verhindern konnten. Schuberts Fazit: „Man muß sich in guten Zeiten für schlechte Zeiten wappnen.“

Viel drehte sich in der folgenden Diskussion darum, wie erfolgreicher Widerstand organisiert werden kann – auch über den Betrieb hinaus. So will die Gewerkschaftslinken unter anderem bei den im Herbst geplanten Protesten gegen das „Sparpaket“ der Bundesregierung und die Rente mit 67 mit eigenen Vorschlägen eingreifen.



Weitere Infos
über die
Gewerkschafts-
linken sind im
Labournet
unter:
www.labournet.de/GewLinke
Netzwerkinfos
Kongressreader
Örtliche Foren

Die sonst in solchen Fällen übliche Einrichtung einer „Transfergesellschaft“ wurde von den Beschäftigten und ihren Vertretern abgelehnt. Als es daraufhin zu Entlassungen kam, forderte der Betriebsrat die Betroffenen auf, Kündigungsschutzklage einzureichen und mit einer „Dauermahnwache“ vor dem Betrieb zu protestieren. Die vielfältigen Aktionen zeigten schließlich Wirkung: Das Unternehmen mußte die Entlassenen wieder einstellen, die Tarifgehälter wurden nicht angetastet. Allerdings wurden rund 90 Stellen über Fluktuation und mit Hilfe erhöhter Abfindungen abgebaut.

„Der Betrieb bleibt in seiner Struktur zumindest vorläufig erhalten, das ist in jedem Fall ein Erfolg“, bilanzierte Jansen. Entscheidend dafür war ihm zufolge die Rolle der gewerkschaftlichen Vertrauensleute: „Bei uns sind die Vertrauensleute nicht Erfüllungsgehilfen des Betriebsrats, sondern im Vertrauenskörper werden Diskussionen geführt und Beschlüsse gefällt – an die sich unsere Betriebsräte auch halten.“ Das wichtigste Resultat des Kampfes sind für Jansen allerdings die Veränderungen im Bewußtsein seiner Kollegen. Gewerkschaftlicher Organisationsgrad und Unterstützung für die IG Metall hätten im Verlauf der Auseinandersetzung – die bewußt als politischer Konflikt geführt worden sei – deutlich zugenommen.

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani –
Christiaan Boissevain
Tel: 06182/782306 E-Mail: HKroha@t-online.de
Redaktionsschluss: 3. November 2010